

Niederschrift HFA/032/2013

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 26.02.2013

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Manfred Brinkmann	CDU	Vertretung für Herrn Paul Jansen
Herr Heinrich Hagemeier	CDU	Vertretung für Herrn Dieter Fühner
Herr Bernd Lunkwitz	FDP	Vertretung für Herrn Detlef Brunsch

Frau Ulrike Stockel	SPD	Vertretung für Frau Peggy Fehrmann
---------------------	-----	------------------------------------

Gäste:

Herr David Fliegel		Mitarbeiter der EWG zu TOP 21
--------------------	--	-------------------------------

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann		Erster Beigeordneter
Herr Mathias Krümpel		Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling		Fachbereichsleiter FB 7
Frau Wiebke Gehrke		Pressesprecherin
Herr Dr. Thorben Winter		Fachbereichsleiter FB 1
Herr Raimund Gausmann		Fachbereichsleiter FB 2
Herr Werner Schröer		Fachbereichsleiter FB 5
Herr Jürgen Wullkotte		Fachbereichsleiter FB 4
Herr Günter Strauch		Leiter Projektmanagement
Frau Julia Kersting		Schriftführerin
Herr Guido Wermers		Leitstelle Klimaschutz - bis TOP 4 - 17:10 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	Fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 31 über die öffentliche Sitzung am 29. Januar 2013

0:00:12

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 29. Januar 2013 gefassten Beschlüsse

0:00:47

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu den Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da diese nicht gestellt bzw. gegeben wurden.

3. Informationen

3.1. Liquiditätslage der Stadt Rheine

0:01:34

Herr Krümpel informiert, dass mit heutigem Stand ein Liquiditätskredit in Höhe von 3.233.000 € in Anspruch genommen werde.

3.2. Anzeige des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2010 beim Landrat

0:02:02

Herr Krümpel informiert, dass die Anzeige des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2010 beim Landrat erfolgt sei. Herr Krümpel berichtet, dass der Landrat mitgeteilt habe, dass gegen den vom Stadtrat nach § 96 (1) GO NRW festgestellten Jahresabschluss 2010 keine grundsätzlichen kommunalaufsichtlichen Bedenken geltend gemacht werden. Der Jahresabschluss 2010 sei damit abgeschlossen. Der Jahresabschluss 2011 werde demnächst in den Gremien beraten.

3.3. EU-Förderung

0:02:39

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass sie gestern aktuelle Informationen vom Deutschen Städte- und Gemeindebund zur nächsten Förderphase 2014 – 2020 bekommen habe. Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass mit der Einigung der europäischen Staats- und Regierungschefs über den mehrjährigen Finanzrahmen vom

8. Februar 2013 auch weitere Details zur EU-Strukturförderung geregelt worden seien.

Der EU-Kohäsionspolitik, welche durch die EU-Strukturfonds umgesetzt werde, stehen insgesamt rund 325 Mrd. € für die gesamte Förderperiode zur Verfügung. Davon können in besser entwickelten Regionen, zu denen Deutschland insgesamt zählt, 59,34 Mrd. € verwendet werden. Zusätzlich erhalten die Übergangsregionen 31,39 Mrd. € für die verschiedenen Programme der europäischen territorialen Zusammenarbeit, grenzüberschreitend ebenso wie transnational stehen 8,73 Mrd. € zur Verfügung. Im Rahmen der Diskussion auf der nationalen Ebene zur Gestaltung der sogenannten Partnerschaftsvereinbarungen wurde in einer Verhandlungsrunde beim Bundeswirtschaftsministerium am 19.2. in Berlin deutlich, dass neue Instrumente wie die ITI von den Bundesländern wohl nicht eingesetzt werden.

Angesichts dieser Zurückhaltung habe die EU-Kommission bereits angekündigt, dass die formalen Voraussetzungen für die Mittelnachweise im Zusammenhang mit ITIs vereinfacht werden sollen. Frau Dr. Kordfelder erläutert, dass man also abwarten müsse, in welcher Art und Weise die Antragstellung für die Strukturfonds zu erfolgen habe. Der weitere Zeitplan sehe vor, dass das Europäische Parlament im März über den mittelfristigen Rahmen abstimmen werde. Die EU-Kommission wolle noch im März die Verordnung für die EU-Strukturfonds vorlegen. Damit solle eine Einigung von EU-Rat, EU-Parlament und EU-Kommission im Rahmen der dreiseitigen Verhandlungen bis Anfang Juni möglich werden. Frau Dr. Kordfelder merkt an, dass ihr noch eine weitere Information über den Städte- und Gemeindebund Rheinland-Pfalz zum Thema Agrarpolitik vorliege. Dort werde bekannt gegeben, dass ein rechtzeitiger Start der neuen Förderprogramme zum 1. Januar 2014 unter Druck gerate. Man wisse noch nicht, ob es tatsächlich bei der Einhaltung dieses Zeitplanes bleibe.

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass derzeit an dem Thema „Regionales Handlungskonzept als Grundlage für die Beantragung von EU-Fördermitteln“ gearbeitet werde. Es werde ein Konzept mit einer Organisationsstruktur für den Rat am 12. März 2013 vorbereitet.

4. Fortführung Klimaschutzprojekt "Umwelt mit Zukunft" Vorlage: 117/13

0:05:55

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Sachstand zur Kenntnis und stimmt dem Verfahrensvorschlag zu. Er beauftragt die Leitstelle Klimaschutz mit der Antragsstellung für eine Förderung durch die Nationale Klimaschutzinitiative, die Ausschreibung der Projektbetreuung sowie die anschließende Auswahl und Beauftragung eines Ingenieurbüros.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Darstellung möglicher Auswirkungen bei gewerblicher Vereinsgastronomie (Nutzungsänderung)
Vorlage: 074/13

0:07:00

Herr Kuhlmann macht deutlich, dass die Verwaltung Hilfestellung leisten möchte. Es sollen Konsequenzen genannt werden und eine Diskussion in den Vereinen vor dem Hintergrund einer Faktenlage ermöglicht werden. Herr Kuhlmann merkt an, dass er auf das Verständnis der DEHOGA für die Wünsche der Vereine hoffe.

Herr Bonk hält fest, dass es sich bei der Maßnahme um eine reine Hilfestellung handele.

Herr Holtel weist darauf hin, dass man zwischen dem Vereinsleben und gaststättenähnlichen Betrieben unterscheiden müsse. Über 90 % der Vereine nutzen die Räume ausschließlich für ihr Vereinsleben.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt auf Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses die Verwaltung, die vorliegende Ausarbeitung den Vereinsvorständen im Rahmen einer Informationsveranstaltung zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Mittelverwendung aus der in Auflösung befindlichen "Stadtwerke-Stiftung für Rheine"
Vorlage: 121/13

0:14:55

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt, die der Stadt Rheine aus der Aufhebung der Stadtwerke-Stiftung für Rheine zufließenden Mittel in Höhe von rd. 1,23 Mio. € im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wie folgt als Deckung für nachfolgende Zwecke zu verwenden:

in 2013

Zuschuss an die Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH in Höhe von 620.000 €

in 2014

Zuschuss an die Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH in Höhe von rd. 603.000 €

Sowohl die Mittelverwendung als auch die Abwicklung dieser werden basierend auf der Empfehlung der pwc legal AG mit dem Finanzamt Steinfurt zuvor abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Handlungsansätze zur Haushaltskonsolidierung Vorlage: 005/13

0:15:30

Herr Roscher bezieht sich auf Punkt 4 des Beschlussvorschlages und merkt an, dass der Punkt so zu verstehen sein könnte, dass es keine Debatte zum Schulentwicklungsplan mehr gebe und dass es keine Debatte und keine Gespräche mehr bezüglich der Josefschule Rodde, der Ludgerusschule Elte und der Antoniusschule geben werde.

Herr Dr. Winter erläutert, dass derzeit keine Schulstandorte aufgegeben werden. Über das Abschmelzen von Schülerzahlen alleine werde man keine Einsparpotentiale erhalten. Die Räume in den Schulen werden anders genutzt. Der Ganztagsbetrieb nehme zu, und es werden mehr Essen ausgegeben. Wenn ganze Standorte aufgegeben werden, werde es Einsparpotentiale geben.

Frau Dr. Kordfelder ergänzt, dass es aktuell keine zu schließenden bzw. aufzugebenden Gebäude gebe.

Herr Roscher macht deutlich, dass hier aufgeführt worden sei, dass die Haushaltskonsolidierung in diesem Punkt nicht weiter verfolgt werde, nicht nur für 2013, sondern auf Dauer. Die SPD-Fraktion bittet um eine Klarstellung. Es müsse dargestellt werden, dass sich das nur auf 2013 beziehe und darüber hinaus weitere Diskussionen möglich seien.

Herr Dr. Winter hält fest, dass es ein fließender Prozess sei. Wenn die Gebäude irgendwann komplett aufgegeben werden, werde man Sparpotential entfalten können. Dies sei weder zu quantifizieren noch mit einem Jahr zu belegen. Deswegen habe man sich hier darauf festgelegt, dass man das im Hinblick auf die Strategie- und Finanzkommission nicht weiter verfolgen wolle. Natürlich handele es sich aber um ein Thema, das bei veränderten Rahmenbedingungen wieder aufgegriffen werde.

Herr S. Gude macht deutlich, dass es nicht so sei, dass man sich mit dem Thema in den nächsten Jahren nicht beschäftigen könne bzw. wolle. Es handele sich hierbei um einen Vorschlag aus der Strategie- und Finanzkommission, der aktuell nicht weiter verfolgt werde. Herr S. Gude schlägt vor, sich darauf zu einigen, dass es aktuell kein Thema sei, man dieses aber grundsätzlich bei veränderten Situationen neu prüfen müsse.

Herr Ortel merkt an, dass, wenn ein Schulstandort stillgelegt werde, sich andere Dinge ergeben. Man könne den Beschlussvorschlag so mittragen.

Frau Dr. Kordfelder fragt an, ob Herr Roscher damit einverstanden sei, sich darauf zu einigen, dass aktuell keine grundsätzlichen Konsolidierungsmöglichkeiten gesehen werden, aber natürlich bei Änderung der Rahmenbedingungen das Thema weiter verfolgt werde.

Herr Roscher teilt mit, dass er damit einverstanden sei.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst auf Empfehlung des Schulausschusses folgenden Beschluss:

Folgende Handlungsansätze zur Haushaltskonsolidierung werden nicht weiter verfolgt:

1. Erhebung eines Schulkostenbeitrages für auswärtige Schüler(innen) (Ifd. Nr. 2.4 der Liste 2, „Handlungsansätze“)
2. Einstellung aller freiwilligen Leistungen und konsequente Abstimmung auf gesetzliche Erfordernisse im Bereich der Schülerfahrkosten (Ifd. Nr. 2.7 der Liste 2, „Handlungsansätze“)
3. Neubewertung außerschulischer Angebote im Lichte der Ganztagsbetreuung - Vermeidung von Doppelangeboten (Ifd. Nr. 2.8 der Liste 2, „Handlungsansätze“)
4. Anpassung der Schulbetriebsaufwendungen entsprechend der Entwicklung der Schülerzahlen (Ifd. Nr. 2.3 der Liste 2, „Handlungsansätze“)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Handlungsansätze zur Haushaltskonsolidierung
Vorlage: 006/13**

0:23:41

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst auf Empfehlung des Kulturausschusses folgenden Beschluss:

Folgende Handlungsansätze zur Haushaltskonsolidierung werden nicht weiter verfolgt:

Budget 1305, Städtische Museen

1. Salzwerkstatt im Salzsiedehaus nur durch Ehrenamtliche oder aufgeben (Ifd. Nr. 2.14 der Liste 2, „Handlungsansätze“)
2. Einstellung der Museumspädagogik (Ifd. Nr. 2.15 der Liste 2, „Handlungsansätze“)

3. Einstellung der Wechseleinstellungen
(Ifd. Nr. 2.16 der Liste 2, „Handlungsansätze“)

Budget 1307, Kloster Bentlage

4. Einstellung der Mietzahlungen
(Ifd. Nr. 2.18 der Liste 2, „Handlungsansätze“)

Budget 1401, Volkshochschule

5. Anschaffung von Stühlen für die Aula
(Ifd. Nr. 2.19 der Liste 2, „Handlungsansätze“)
6. Erhöhung des Kostendeckungsgrades
(Ifd. Nr. 2.20 der Liste 2, „Handlungsansätze“)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Haushaltskonsolidierung - Liste 1 "Konsolidierungsvorschläge",
Ziffer 1.26 "Erhöhung Ausschreibungsgebühren"
Vorlage: 107/13**

0:24:10

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst auf Empfehlung des Bauausschusses folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag der Verwaltung zur Ziffer 1.26 „Erhöhung Ausschreibungsgebühren“ der Liste 1 – Konsolidierungsvorschläge zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Haushaltskonsolidierung - Liste 2 "Handlungsansätze", Ziffer
2.29
Vorlage: 088/13**

0:24:46

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst auf Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag der Verwaltung zur Ziffer 2.29 „Überprüfung des Stellenbedarfs in der Stadtplanung bei weitgehendem Outsourcing“ der Liste 2 – Handlungsansätze zur Haushaltskonsolidierung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Haushaltskonsolidierung - Liste 2 "Handlungsansätze", Ziffer 2.30 "Outsourcing Gebäudemanagement"
Vorlage: 103/13**

0:25:20

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst auf Empfehlung des Bauausschusses folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag der Verwaltung zur Ziffer 2.30 „Überprüfung des Stellenbedarfs im Gebäudemanagement bei weitgehendem Outsourcing“ der Liste 2 – Handlungsansätze zur Haushaltskonsolidierung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Haushaltskonsolidierung FB 5 - Planen und Bauen - öffentliche Grünflächen
Zwischenbericht zur Reduzierung des Unterhaltungsaufwands für Park- und Gartenanlagen
Vorlage: 026/13/1**

0:25:59

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst auf Empfehlung des Bauausschusses der Stadt Rheine folgenden Beschluss:

1. Standardreduzierungen in Höhe von rd. 19.000 € pro Jahr in Abstimmung mit dem Stadtparkverein durchzuführen.
2. Standardreduzierungen in Höhe von rd. 4.000 € pro Jahr in Abstimmung mit dem Walshagenparkverein durchzuführen.
3. Nach Umsetzung der o. a. Standardreduzierungen soll über die Vergabe eines Gutachtens zur Entwicklung des Stadt- und Walshagenparks frühestens 2014 entschieden werden.
4. Weitere Einsparungen im Bereich der Grünflächenunterhaltung nach Auswertung der Ergebnisse einer Untersuchung der gesamten Grünflächenunterhaltung im I. Quartal 2014 zu beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Handlungsansätze zur Haushaltskonsolidierung - Lfd. Nr. 2.28 der Liste 2 der Konsolidierungsvorschläge; hier: TBR-Leistungsreduzierung im Rahmen der Amtshilfevereinbarung Vorlage: 102/13

0:26:50

Herr S. Gude bezieht sich auf die Reduzierung der Aufwendungen im Bereich 15 – Sportförderung um 146.000 €. Er fragt an, ob das Auswirkungen auf die Standards habe.

Herr Wullkotte berichtet, dass im Rahmen der Neukalkulationen der Amtshilfevereinbarung die Technischen Betriebe die Leistungen nochmals überprüft haben. Unterm Strich werden die gleichen Leistungen erbracht, sie wurden nur nicht dort abgerechnet, wo sie angefallen seien. Dies sei jetzt überarbeitet worden. Die Einsparungen, die sich im Sportbereich ergeben, seien an anderer Stelle als zusätzlicher Aufwand dargestellt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt zur Kenntnis,

- dass durch die neuen Amtshilfevereinbarungen Änderungen beim Leistungsumfang und den dafür vorgesehenen Kosten vorgenommen werden.
- dass eine Kostensenkung für von den Technischen Betrieben Rheine zu erbringende Dienstleistungen in Teilbereichen bereits vertraglich vereinbart ist und weiter verfolgt wird.

14. Aufhebung des Kw-Vermerks für die Stelle 1627/Musiklehrerin in der elementaren Musikpädagogik im FB 1 Vorlage: 082/13

0:29:01

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, nach Vorberatung im Kulturausschuss den Kw-Vermerk für die Stelle 1627, Musiklehrerin in der elementaren Musikpädagogik im Fachbereich 1, aufzuheben, den Stellenplan entsprechend anzupassen und die Stellennachbesetzung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Aufhebung des Kw-Vermerkes für die Stelle 4404 "Sachbearbeitung Steuerverwaltung" im Fachbereich 4
Vorlage: 098/13**

0:29:40

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den Kw-Vermerk für die Stelle 4404 „Sachbearbeitung Steuerverwaltung“ im Rahmen der Beschlussfassung des Stellenplans 2013 aufzuheben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 128/13**

0:30:15

Herr Bonk erläutert, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Roscher teilt mit, dass das Ziel, Personalkosten zu reduzieren ohne die Leistungsfähigkeit der Verwaltung erheblich herabzusetzen, beharrlich verfolgt werde. Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könne man unterstützen, wenn es eine andere finanzielle Situation geben würde.

Herr Reiske hält fest, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag so nicht zustimmen werde.

Herr Mollen stellt klar, dass außer Zweifel stehe, dass dort konstruktive und positive Arbeit im offenen Ganztage geleistet wurde. In anderen Bereichen im offenen Ganztage werde mithilfe von Förderungen von ehrenamtlich tätigen Organisationen und Honorarkräften gearbeitet. Herr Mollen regt an zu prüfen, ob hier nicht auch die Möglichkeit einer Förderung, evtl. in Kooperation mit der Musikschule, bestehe.

Herr Ortel merkt an, dass er dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er möchte sich jedoch von den Unterstellungen distanzieren, dass die Einrichtung einer solchen Stelle nicht gewollt sei. Leider gehöre der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die Kategorie „nice to have“.

Frau Helmes erinnert, dass die CDU-Fraktion wiederholt die Musikschule und Volkshochschule angemahnt habe, ein Konzept vorzulegen. Es war ein großes Anliegen, das Singen an den Schulen zu verbreiten. Man habe nie ein Konzept bekommen. Aufgrund der Haushaltslage sei es heute leider nicht möglich, die Stelle einzurichten. Vielleicht könne die Musikschule etwas erarbeiten, beispielsweise durch Unterstützung durch ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:
 - a) Der Stellenplan wird um eine halbe Stelle im Bereich der städtischen Museen aufgestockt. Die dort im Stellenplan bisher als halbe Stelle in Entgeltgruppe (EG) 9 ausgewiesene Stelle wird als Ganztagsstelle mit EG 13 ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- b) Dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 29. Januar 2013 auf Wiedereinrichtung einer halben Stelle bei der Musikschule für die offenen Ganztagsgrundschulen (nachmittags) wird nicht zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

2. Der Rat der Stadt Rheine beschließt den dieser Vorlage als Anlagen 1 bis 3 beigefügten Gesamtstellenplan für das Haushaltsjahr 2013.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

Herr Holtel erklärt, dass er das Wort „nicht“ unter 1 b überlesen habe.

**17. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2013 - 2016 - Ergebnisse der Fachausschussberatungen
Vorlage: 101/13**

0:41:41

Herr Krümpel erläutert die auf Seite 12 der Vorlage unter Punkt 6 dargestellte Zusammenfassung. Er bezieht sich auf die sonstigen Änderungen der Fachbereichsbudgets mit 812.016 €. Herr Krümpel weist darauf hin, dass die finanziellen Abschreibungen in Höhe von 1.050.000 € im Wesentlichen aus den Abschreibungen auf Finanzanlagen an die EWG und an die TaT-Gesellschaft bestehen. Diese seien bisher immer im Ergebnishaushalt ausgewiesen worden. Durch das NKF-Weiterentwicklungsgesetz werden diese hier nicht weiter veranschlagt. Man werde die Abschreibungen nur noch nachrichtlich im Haushaltsplan anzeigen. Dieser Betrag werde mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet und belaste nicht mehr das Ergebnis.

Herr Krümpel erläutert, dass es Änderungen im Sonderbereich 9 gebe, dargestellt auf Seite 10 der Vorlage. Die Änderungen seien im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass eine Anpassung der Gewerbesteuer an die aktuelle Ertragsentwicklung vorgenommen worden sei und darauf, dass die Stiftung Stadtwerke Rheine aufgelöst wurde.

Herr Bonk macht deutlich, dass es nicht nachvollziehbar sei, dass die Stadt Rheine in diesem Jahr die Steuern erhöhe und die Beamten der Verwaltung eine Leistungszulage bekommen sollen. Bei der derzeitigen Haushaltslage könne sich die Stadt Rheine die Leistungszulage nicht leisten.

Herr Bonk bezieht sich auf die Produktgruppe 02 – Transferaufwendungen und erinnert, dass in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung die 50.000 €, die der Verkehrsverein seit Jahren zusätzlich bekomme, mit einem Sperrvermerk versehen werden sollten. Diesen Antrag werde die CDU-Fraktion nicht stellen. Da die Konzeption „Stadtmarketing“ in diesem Jahr weiter konkretisiert werde und der Verkehrsverein voraussichtlich bereits Verträge abgeschlossen habe, werde man dem Verkehrsverein noch in diesem Jahr die 50.000 € bereitstellen. Im nächsten Jahr gebe es eine neue Konzeption „Stadtmarketing“. Dann müsse man sich noch einmal über die Thematik unterhalten. Dem Verkehrsverein soll das Signal gesetzt werden, dass er die 50.000 € nur noch für dieses Jahr bekommen könne.

Die CDU-Fraktion stellt daher folgende Anträge:

Der im Haushaltsplanentwurf für 2013 bis 2016 in den Fachbereichbudgets enthaltene Betrag von 170.000 € für die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die leistungsorientierte Bezahlung wird nicht veranschlagt.

Der im Haushaltsplanentwurf für 2014 bis 2016 in der Produktgruppe 02 Verwaltungsführung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit enthaltene Betrag von 50.000 € für Zuschüsse Verkehrsverein (Stadtmarketing) wird nicht veranschlagt.

Herr Roscher macht deutlich, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde. Die Summe der Einsparungen könnte noch höher sein, wenn im Entscheidungsprozess zur Sekundarschule „Stadt Rheine“ ein anderer Modus gewählt worden wäre und man nicht eine Schule mit großen finanziellen Mitteln aufstocken und sanieren müsse, um die Schule „sekundarschulfähig“ zu machen. Dies sei, vor dem Hintergrund, dass die Overbergschule auslaufen soll und dort die entsprechenden Einrichtungen vorhanden seien, nicht nachzuvollziehen. Daher könne die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Herr Roscher bezieht sich auf den Antrag der CDU-Fraktion und stellt klar, dass dieser die Belegschaft zwischen Beamten und Angestellten weiter spalte. Es sei schwer nachzuvollziehen. Durch gesetzliche Veränderung sei eine Möglichkeit der leistungsorientierten Bezahlung für Beamte ermöglicht worden.

Bezogen auf die 50.000 € für Marketing wäre es deutlich sinnvoller gewesen, abzuwarten, was die Koordination „Stadtmarketing“ für Vorschläge einbringe. Herr Roscher macht deutlich, dass er nicht glaube, dass es dadurch zu Haushaltseinsparungen komme und dass, wenn der Verkehrsverein autark in seinen 2 Handlungssäulen bleiben soll, er auch Mittel zur Bewahrung seiner Aktivitäten benötige. Herr Roscher werde den Vorschlägen nicht zustimmen.

Herr Reiske hält fest, dass auch er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde. Dem Verkehrsverein die 50.000 € zukünftig nicht weiter bereitzustellen, könne er nicht nachvollziehen. Der Verkehrsverein leiste eine anerkannte gute Arbeit.

Herr Holtel weist darauf hin, dass die 50.000 € dem Verkehrsverein für dieses Jahr noch gewährt werden. Im nächsten Jahr werde das komplette Stadtmarke-

ting neu konzipiert. Man müsse sehen, wer für welche Aufgabe wie viel Geld bekomme. Das könne man nicht heute beraten. Es werde eine Aufgabe für 2013 und 2014 sein.

Herr Holtel bezieht sich auf die Schulsituation und merkt an, dass jede andere Schulorganisation, wie beispielsweise eine zweite Gesamtschule, ebenso Geld koste, wenn nicht noch mehr Geld. Die Anmeldungen bestätigen, dass der Schulstandort im Schotthock wichtig sei.

Herr Holtel merkt an, dass Beamte und Angestellte unterschiedliche Bezahlungen bekommen. Jeder Status biete gewisse Vorteile. In der jetzigen finanziellen Situation sei man nicht in der Lage, zusätzliche freiwillige Leistungen zu zahlen.

Herr Ortel hält fest, dass er den 7 Punkten des Beschlussvorschlages zustimmen könne.

Die beiden Ergänzungsvorschläge von Herrn Bonk werde er nicht mittragen. Der Begründungszusammenhang zur Steuererhöhung sei verwunderlich. Die leistungsorientierte Bezahlung sollte als Element einer motivierenden, flexiblen Besoldungsstruktur zu sehen sein. Auf die leistungsorientierte Bezahlung zu verzichten, gehe zu weit.

Der Verkehrsverein leiste gute Arbeit. In dieser Situation der Findung und Entwicklung einem beteiligten Akteur das Geld im nächsten Jahr zu streichen, sei ein unpassendes Signal.

Herr Niehues erinnert, dass die 50.000 € dem Verkehrsverein damals für zentrales Stadtmarketing zur Verfügung gestellt wurden. Die Summe sollte nie direkt in die Verfügungsgewalt des Verkehrsvereins gehen. Für 2013 gebe es noch eine Übergangsregelung, ab 2014 werden zentrale Stadtmarketingmaßnahmen über das Budget der EWG zur Verfügung gestellt. Dem Verkehrsverein werde nichts genommen. Das Geld stand dem Verkehrsverein zu keinem Zeitpunkt zu. Das Verfahren wurde in der letzten Ratssitzung beschlossen.

Herr Bonk macht deutlich, dass die Leistung der Beamten nicht geschmälert werden soll. Zurzeit könne man aufgrund der Haushaltslage keine 170.000 € extra einstellen. Herr Bonk hält fest, dass die Arbeit des Verkehrsvereins gut sei, die 50.000 € aber für 2014 für das Konzept „Stadtmarketing“ eingesetzt werden.

Herr Ortel hält fest, dass in der Ratssitzung nicht die Summen, sondern das Verfahren beschlossen wurden. Es sei fraglich, warum an dieser Stelle festgelegt werden solle, dass dieser Aufgabenbereich nicht beim Verkehrsverein bleibe. Möglicherweise können sich der Verkehrsverein und die EWG auf andere Dinge einigen.

Frau Dr. Kordfelder erläuterte, dass sie dem Antrag gegen die leistungsorientierte Bezahlung nicht zustimmen werde. Sie weist darauf hin, dass sie davon nicht betroffen sei, da Wahlbeamte nicht zu den möglichen Empfängern der leistungsorientierten Bezahlung gehören. Es seien mehrheitlich gerade die niedrigen Eingruppierungsstufen, die von der Möglichkeit der Leistungszulage partizipieren könnten. Sogar bei der Kreisverwaltung habe der Landrat dafür gesorgt, dass die Beamten die leistungsorientierte Bezahlung bekommen.

Frau Dr. Kordfelder stellt klar, dass sie auch dem Antrag zum Verkehrsverein nicht zustimmen werde. Die 3 Partner werden demotiviert. Der Antrag impliziere ausdrücklich eine Abhängigkeit des Verkehrsvereins von der Koordinationsstelle, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Es sei kein gemeinsames Vorgehen auf Augenhöhe möglich.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über die Anträge der CDU-Fraktion abstimmen:

Der im Haushaltsplanentwurf für 2013 bis 2016 in den Fachbereichbudgets enthaltene Betrag von 170.000 € für die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die leistungsorientierte Bezahlung wird nicht veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Der im Haushaltsplanentwurf für 2014 bis 2016 in der Produktgruppe 02 Verwaltungsführung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit enthaltene Betrag von 50.000 € für Zuschüsse Verkehrsverein (Stadtmarketing) wird nicht veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ergebnisse der Etat-Beratungen in den Fachausschüssen gemäß den Anlagen 1 und 2 der Vorlage zur Kenntnis und stimmt unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Buchstabe B, Ziffer 1 enthaltenen Erläuterungen den vorgeschlagenen Budgetveränderungen zu.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den vorgeschlagenen Budgetveränderungen gemäß den Anlagen 3 bis 5 der Vorlage aufgrund des Dienstleistungsaustausches mit den Technischen Betrieben Rheine zu.
3. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den unter Buchstabe B, Ziffer 3 – Sonstige Änderungen in den Fachbereichbudgets – aufgeführten Veränderungen zu.
4. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Fortschreibung des Sonderbereichs 9 – Zentrale Finanzleistungen – gemäß den Anlagen 6 und 7 der Vorlage unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Buchstabe B, Ziffer 4 enthaltenen Erläuterungen zu.
5. Der Haupt- und Finanzausschuss kommt nach Prüfung der dieser Vorlage als Anlage 8 der Vorlage beigefügten Einwendungen nach § 80 Abs. 3 Gemeindeordnung NW unter Berücksichtigung der unter Buchstabe B, Ziffer 5 gemachten Erläuterungen zu dem Ergebnis, dass eine weitergehende detaillierte Prüfung bzw. Bearbeitung der Einwendungen nicht erforderlich ist und empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Einwendungen zur Kenntnis zu nehmen und aufgrund der Einwendungen keine Änderungen des Haushaltsplanentwurfes zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen

6. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Haushaltssatzung für das Jahr 2013 einschließlich der Anlagen in der Fassung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2013 unter Berücksichtigung der von den Fachausschüssen und dem Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen zu beschließen.
7. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
 8 Nein-Stimmen

18. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

18.1. Antrag zur Reduzierung des Hebesatzes der Grundsteuer B der Stadt Rheine von derzeit 480 % auf 440 % im Jahr 2013 und auf 400 % im Jahr 2014

1:26:23

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Eingabe als Anlage 1 der Einladung zu TOP 18 im Ratsinformationssystem eingestellt worden sei.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung der Bürgermeisterin, diesen Antrag an die Verwaltung zwecks Prüfung und Beantwortung zu verweisen, einverstanden.

18.2. Finanzlage der Stadt - Gebührenentgelte

1:26:49

Frau Dr. Kordfelder trägt den Inhalt des Antrages zur Finanzlage der Stadt - Gebührenentgelte vom 18. Februar 2013 - vor.

Rheine, den 18. Februar 2013

Y	X	BM	I	II	X
Stadt Rheine					
20. FEB. 2013					
BM					
X					

An die

Bürgermeisterin Frau Dr. Angelika Kordtfelder

sowie an die

Franktionsvorsitzenden Ratsmitglieder

Herrn Udo Bonk CDU

der Stadt Rheine

Herrn Jürgen Roscher SPD

Herrn Alfred Holtel FDP

Herrn Michael Reiske B90/Die Grünen

Betr.: Finanzlage unserer Stadt - Gebührenentgelte

Sehr geehrte Frau Dr. Kordtfelder,

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Finanzlage vieler Kommunen ist als sehr angespannt, ja teilweise katastrophal zu bezeichnen. Aus gegebener Veranlassung stelle ich den Antrag an den Rat der Stadt Rheine bei den Gebühren folgenden Vorschlag umzusetzen. Dies soll auch ein Beitrag dazu sein, ein drohendes Haushaltssicherungsverfahren abzuwenden.

Die kostenfreien Eingaben an die Verwaltung sollten auch in Zukunft in der Regel, gebührenfrei sein, aber nur bis zu einem von Ihnen zu bestimmenden Punkt. Mein folgender Vorschlag könnte sehr hilfreich sein, willkürliche Anträge zu steuern bzw. einzuschränken:

1 - 20 Eingaben pro Jahr - weiterhin ohne eigene Kosten

21 - 50 Eingaben pro Jahr- Kostenanteil des Antragstellers je Eingabe 30,--€

51 - 100 Eingaben pro Jahr - Kostenanteil des Antragstellers je Eingabe 50,--€

101 - 200 Eingaben pro Jahr - Kostenanteil des Antragstellers je Eingabe 100,--€

ab 201 Eingaben pro Jahr - Kostenanteil des Antragstellers je Eingabe 150,-€

Eine Sozialklausel, wonach Menschen mit geringen Einkommen von den Gebühren befreit würden, sollte eingeschränkt möglich sein. Hartz-Vier-Einkommensbezieher, Rentner, Studenten o.ä. sollten nur mit den halben Gebühren belegt werden. Die Gebühren sind bei Antragstellung zu zahlen!! Stundungen sind nicht zulässig. Eine vollständige Befreiung ist nicht möglich !!

Das Recht des Bürgers auf kostenfreie Antragstellung bleibt hier gewahrt.

Wir Bürger der Stadt sind aufgerufen, Vorschläge zur Verbesserung der Einkommensstruktur oder zur Vermeidung von Kosten zu unterbreiten. Dies tue ich hiermit gerne für meine, unsere Stadt. In der Erwartung einer tatsächlichen Umsetzung verbleibe ich

Frau Dr. Kordfelder merkt an, dass jeder gem. § 24 Abs 1 GO das Recht habe, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen mit Anregungen oder Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat zu wenden. Die Zuständigkeiten der Ausschüsse und der Bürgermeisterin werden hierdurch nicht berührt. Es gehöre somit zu den demokratischen Grundrechten eines jeden Bürgers, sich mit Anregungen, Anträgen etc. an den Rat, die Ausschüsse und die Verwaltung zu wenden. Dieses Recht durch Erhebung von Gebühren zu beschränken, würde den demokratischen Grundprinzipien entgegenstehen. Unabhängig davon käme die vorgeschlagene Gebührenerhebung nach derzeitigem Kenntnisstand nur bei einem Bürger in Rheine zum Tragen. Da dieser Bürger nicht nur nach Ansicht der Stadt Rheine sein Petitionsrecht missbrauche, sei ihm schon im August letzten Jahres in Abstimmung mit den im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen mitgeteilt worden, dass die Stadt Rheine, solange er bzw. seine Familie nicht durch ein behördliches Verfahren unmittelbar persönlich betroffen sei, auf seine Einwendungen, Anträge etc. nicht mehr reagieren werde.

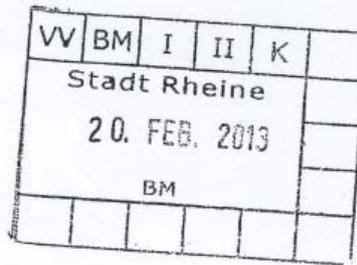
Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung der Bürgermeisterin, diesen Antrag an die Verwaltung mit der Bitte, dem Verfasser der Eingabe entsprechend schriftlich zu antworten, einverstanden.

18.3. Weiterführung Bürgersteig

1:29:10

Frau Dr. Kordfelder trägt den Inhalt des Antrages des Stadtteilbeirates Gellendorf/Südesch zur Weiterführung eines Bürgersteiges vom 20. Februar 2013, vor.

Rheine, den 20. Febr. 2013



Abs.
Klaus-Peter Pohl
Keimpohlstr. 5
48429 Rheine
Ruf 05971-66242
Stadtteilbeirat
„Gellendorf/Südesch“
Vorsitzender

An die
Stadtverwaltung der Stadt-Rheine

Abt. Bauausschuss

Betr.: Den Bürgersteig an der Straße zum „Timmerman Ufer“ zwischen der Ludgerusbrücke
und der Hohenkampstraße

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Stadtteilbeirat „Gellendorf/Südesch“ möchte hiermit anzeigen, dass der Bürgersteig zwischen der Ludgerusbrücke und der Hohenkampstraße in einem sehr schlechten Zustand ist. Die Wurzeln der Bäume, die zwischen Bürgersteig und Fahrbahn stehen, haben die Pflasterung des Bürgersteiges stark beschädigt. Es ist nahezu unmöglich, dass dieser Fußweg von Rollstuhlfahrern wie auch von gehbehinderten Menschen benutzt werden kann. In der Vergangenheit trat dieses Problem auch schon auf. Daraufhin wurde im Wurzelbereich der Bäume Asphaltierungsmaßnahmen durchgeführt. Dies konnte aber nur eine vorübergehende Lösung sein, die auch nur für einige Jahre Bestand hatte. Da die Straße zum „Timmerman Ufer“ als Zubringer zur Innenstadt benutzt wird und auch der Anliegerverkehr durch die enorme Wohnbebauung stark zugenommen hat, ist es für die Benutzer des Bürgersteiges auch nicht möglich auf die Fahrbahn auszuweichen.

Der Stadtteilbeirat schlägt daher vor der gegenüberliegenden Bürgersteig, welcher sich schon bis zum Hallenbad erstreckt, bis zur Hohenkampstraße weiterzuführen. Diese Thematik wurde vom Stadtteilbeirat auch schon mit Herrn Roling von der Straßenunterhaltung der TBR besprochen. Unser Vorschlag mit der Weiterführung des Bürgersteiges bis zur Hohenkampstraße ist leider nicht mit den Mitteln der Straßenunterhaltungsmaßnahmen zu bestreiten.

Am 29. Jan. 2013 erschien in der MV ein Artikel: „Die Stadt baut drei Straßen aus“!

Unter anderem war auch die Schinkelstraße, die auch im Bereich des Timmerman Ufer liegt, mit aufgeführt. Unsere Frage an den Bauausschuss wäre daher, ob man nicht in dem Zuge auch das Problem am Timmerman Ufer mit beheben könnte?

Des Weiteren möchten wir auch auf das Behindertengleichstellungsgesetz von NRW hinweisen. Hier heißt es doch bezüglich der Landesbauordnung: Bauliche Anlagen, die öffentlich zugänglich sind, müssen in den, dem allgemeinen Besucherverkehr dienenden Teilen von Menschen mit Behinderung, alten Menschen und mit Personen mit Kleinkindern barrierefrei erreicht und ohne fremde Hilfe zweckentsprechend genutzt werden können.

Der Stadtteilbeirat „Gellendorf/Südesch“ bittet daher den Bauausschuss den Antrag zur Beseitigung des Bürgersteigproblems zu prüfen und für die Bürger positiv zu entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus-Peter Pohl
1. Vorsitzender

Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung der Bürgermeisterin, diesen Antrag an den Bauausschuss zur weiteren Bearbeitung zu verweisen, einverstanden.

18.4. Situation in den Bereichen des Kanals

1:30:24

Frau Dr. Kordfelder trägt den Inhalt des Antrages des Stadtteilbeirates Schotthock zur Situation in den Bereichen des Kanals vom 14. Februar 2013, vor.

Stadtteilbeirat Rheine
Leben an der Ems

Schotthock

An die
Bürgermeisterin der Stadt Rheine
Frau Dr. Angelika Kordfelder
Klosterstr. 14

48431 Rheine

Rheine, den 14.2.2013

VV	EM	A	II	K	
Stadt Rheine					
26. FEB. 2013					
BM					
TBR					

Situation in den Bereichen des Kanals unterhalb der Schleusenstr. - Bodelschwingbrücke – und unterhalb des nördlichen Teils des Parkplatzes des EKZ

Sehr geehrte Frau Dr. Kordfelder,

im Beantwortungsschreiben zu unserem Antrag vom 6.6.2012 haben uns die Technischen Betriebe Rheine mitgeteilt, dass die von uns geschilderte Situation vom Rechtsamt der Stadt Rheine geprüft worden ist. Fazit dieser Antwort war, dass hier eine an Flüssen übliche Gefahrenquelle vorliegt, die keiner zusätzlichen Absicherung bedarf. Die TBR wird keine zusätzliche Absturzsicherung an dieser Stelle anbringen.

Rechtlich sicherlich, so weit wir es beurteilen können, in Ordnung.

Das Wasser- und Schifffahrtsamt Rheine, das wir ebenfalls, wie Sie dem bisherigen Schriftwechsel entnehmen können, angeschrieben hatten, wies uns als Antwort auf den Nutzungsvertrag zwischen der Stadt Rheine(Nutzerin) und der Bundesrepublik Deutschland – vertreten durch das Wasser- und Schifffahrtsamt Rheine - vom 13.1./25.1.95 bezüglich des am Kanal angesprochenen Teilstückes hin. Demnach hat nach § 5 Abs. 3 die Nutzerin(Stadt Rheine) im Bereich der Nutzfläche die Verkehrssicherungspflicht vom Zeitpunkt des Vertragsbeginnes an.

Das Wasser- und Schifffahrtsamt hat uns – obwohl nicht zuständig – einen Ortstermin angeboten, den wir wahrgenommen haben. Die Herren des WSA Rheine konnten die Eingabe des Stadtteilbeirates verstehen, da die Gefährlichkeit an dieser Stelle unübersehbar ist. Eine, nach unserer Eingabe, auf dem Teer eingezeichnete Einengung des Fuß- und Fahrweges unterhalb der Bodelschwingbrücke, löst nach Meinung aller Teilnehmer,

des Ortstermins das Problem nicht.

Wer die Veränderung nach unserer Eingabe vorgenommen hatte – das WSA Rheine war es nicht – ist uns nicht bekannt. Wir, der Stadtteilbeirat, vermuten, dass hier die TBR aktiv geworden ist. Es zeigt, dass, auch bei dem Veranlasser, wer immer hier tätig wurde, Rechtsunsicherheit besteht.

Im Ortstermin wiesen uns die Herren des WSA Rheine auf eine zweite gefährliche Stelle – stadteinwärts, etwa unterhalb des nördlichen Parkplatzes des EKZ, hin. Hier führt ein unbefestigter Weg, der von Fuß- und Radfahrern benutzt wird, direkt auf den zum Kanal parallel verlaufenden Fuß- und Radweg, ohne dass am unteren Ende eine Absicherung zum Kanal besteht.

In beiden Fällen wäre die Anbringung einer Absperrung – vielleicht autobahnähnlich - , wie er auch im Bereich der zweiten Schleuse angebracht ist, eine denkbare und kostengünstige Lösung. Die Kosten für beide Maßnahmen wurden von den Herren des WSA Rheine – unverbindlich – auf ca. € 4.000,- geschätzt.

Sehr geehrter Frau Dr. Kordfelder,

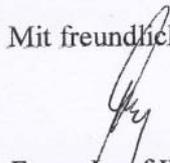
wir möchten Sie daher bitten, die Entscheidung unseres ersten Antrages wegen der Sicherheit für alle Rheinenser, insbesondere der Kinder, der Weg wird nicht nur von Schotthocker Bürgern benutzt, trotz der angespannten Kassenlage, noch einmal zu überdenken.

Der zweite in diesem Schreiben angesprochene Antrag liegt nicht im Bereich des Stadtteilbeirates „Schotthock“ sondern im Bereich des Stadtteilbeirates „Innenstadt/Hörstkamp“. Da die Problematik jedoch identisch und räumlich zusammen liegt, haben sich die Stadtteilbeiräte auf diese gemeinsame Vorgehensweise verständigt. Das Schreiben ist mit dem Stadtteilbeirat „Innenstadt/Hörstkamp“ abgestimmt.

Eine Ausfertigung dieses Schreiben ist auch, wegen der bisherigen Einbindung, dem Wasser- und Schifffahrtsamt Rheine zur Kenntnis zugeleitet worden.

Für Ihre Bemühungen möchten wir uns schon jetzt bedanken.

Mit freundlichem Gruß



Franz-Josef Wietkamp
als Sprecher des Verkehrsausschusses
für den Stadtteilbeirat Schotthock

Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung der Bürgermeisterin, diesen Antrag an die Technischen Betriebe zur erneuten Prüfung zu verweisen, einverstanden.

18.5. Dichtheitsprüfung

1:31:36

Herr Kuhlmann trägt den Inhalt des Antrages der Bürgerinitiative „alles-dicht-in-rheine“ zum Thema „Dichtheitsprüfung“ vom 10. Februar 2013, vor.

	VX	BM	I	II	K
Vorstand Kfm.	X				
Kfm. Leitung					
Kfm. Assistenz					
Kfm. Sachbearb.					
Personalentw.					
Gleichstellung					

An den Rat der Stadt Rheine
An die Bürgermeisterin der Stadt Rheine
 Klosterstr. 14
 48429 Rheine

Vorsitz: Vorstand Techn. Dienst. Stadt Rheine
 Technische Dienste Rheine
 AdR
 22. Feb. 2013
 Teams
 Straßen
 Techn. Dienst

Rheine, den 10.02.2013

Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW

„Keine flächendeckende Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen vor Abschluss eines Monitorings“

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
 sehr geehrte Ratsmitglieder,

die Fraktionen der SDP und Grünen des Landtages NRW machten in ihrem Antrag vom 30. Okt. 2012 (Drucksache 16/1265) den unserer Auffassung nach äußerst begrüßenswerten Vorschlag, ein so genanntes „Monitoring“ im Zusammenhang mit der Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen durchführen zu wollen.

In diesem Antrag heißt es wörtlich:

"Der Landtag des Landes NRW bittet die Landesregierung, zur Feststellung des Umfangs der Beeinträchtigung des Grundwassers durch undichte private Abwasserleitungen über einen Zeitraum von fünf Jahren im Rahmen eines Monitorings die Auswirkungen undichter privater Abwasserleitungen zu ermitteln und dem Landtag über die Ergebnisse zu berichten."

Allerdings soll zeitgleich, also parallel zu diesem Monitoring, an der Dichtheitsprüfung festgehalten und unabhängig davon weiter nach undichten Rohren gesucht werden.

Aus der Sicht der Bürgerinitiative „alles-dicht-in-rheine“ ist diese Handlungsweise allein schon aus logischen Gründen nicht nachzuvollziehen!

Es kann, unserem Eindruck nach, daher jetzt nur die folgende korrekte Vorgehensweise von der Landesregierung eingefordert werden:

Das Monitoring wird zwar durchgeführt, aber während dieser Zeit (nämlich für fünf Jahre) erfolgt richtigerweise eine Aussetzung der Dichtheitsprüfung, um erst am Ende des Monitorings die endgültige Entscheidung daraus abzuleiten: Ist eine Prüfung privater Abwasserleitungen notwendig oder nicht ?

Aufgrund dieses Sachverhaltes beantragt die Bürgerinitiative „alles-dicht-in-rheine“ :

Der Rat der Stadt Rheine möge beschließen, eine Resolution an die Landesregierung NRW zu fertigen, in der sie nach dem zuvor genannten Muster aufgefordert wird, erst ein Monitoring durchzuführen, und dann, gegebenenfalls während eines Moratoriums die Entscheidung zu fällen, wie weiter zu verfahren ist.

Begründung

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr.Kordfelder,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

der Gedanke, des jetzt (und leider erst jetzt) bei der Landesregierung erbetenen Monitorings entspringt der gleichen politischen Gruppierung, die auch die Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen zeitgleich weiter vorantreiben will. Das ist ein krasser Widerspruch, der den Bürgern in NRW kaum zu vermitteln sein wird.

Der Nachweis, dass undichte private Abwasserleitungen das Grund- oder gar das Trinkwasser in signifikanter Weise beeinträchtigen, hätte am Anfang aller Überlegungen zur Durchführung von Dichtheitsprüfungen nach § 61a LWG stehen müssen. Denn es gibt bis heute immer noch keine schlüssigen Beweise und auch keine wissenschaftliche Untersuchungen, die den Verdacht, es ginge eine ursächliche Gefahr von privaten Abwasserleitungen für unser Grund- und Trinkwasser aus, bestätigen könnten.

Wir sind davon überzeugt, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, bei dem die Gemeinden in unserem Land einen guten Stand haben, um erneut Widerstand zu zeigen, um zu einer wahrhaft bürgerfreundlichen Lösung, wie es Frau Kraft versprochen hatte, zu kommen. Ansatzweise ist der Gesetzesentwurf der CDU/FDP-Fraktion ein guter Schritt in diese Richtung:

„Prüfung nur bei begründetem Verdacht.“

Damit schließt sich der Kreis zu einem zwingend gebotenen Monitoring vor Durchführung der Prüfungen.

Die Bürgerinitiative „alles-dicht-in-rheine“ wird, in Hoffnung auf die bereits ergangene erste „Rheiner Resolution zur Aussetzung der Dichtheitsprüfung in der bisherigen Form“, gerne weiter unterstützend mitwirken, in dem sie weitere Gemeinden in NRW, quer durch die Parteienlandschaft aufrufen wird, gleichfalls diesen Schritt zu gehen, weil wir davon überzeugt sind, dass es viele gleichgestimmte Kommunen gibt, in denen gleiche oder ähnlich einhellige Positionen vertreten werden, wie bei uns in Rheine. Letztlich sind ja vor allem auch die eigenen Liegenschaften der Städte und Gemeinden betroffen, von denen eine nicht unerhebliche Kostengefahr speziell auch für den Haushalt der Städte und Gemeinden ausgehen würde.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Ratsmitglieder, bitte unterstützen Sie unseren Vorstoß in dieser Sache, damit die Landesregierung hier endlich zu einem Umdenken bewegt werden kann! Auch die anderen Bürgerinitiativen in NRW werden ihre Verwaltung zur Unterstützung auffordern.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung von Herrn Kuhlmann, diesen Antrag an die Technischen Betriebe Rheine zur Prüfung zu verweisen, einverstanden.

19. Einwohnerfragestunde

1:32:38

Es folgen keine Wortmeldungen.

20. Anfragen und Anregungen

20.1. Erhöhung des Stundenkontingents an Grundschulen mit Teilstandorten, Anregung von Frau Nagelschmidt

1:32:54

Frau Nagelschmidt regt an, den Vorschlag von Frau Dr. Kordfelder, eine Initiative zur Landesregierung zu ergreifen, aufzunehmen. Es soll eine Resolution zur Ratssitzung am 12. März 2013 vorbereitet werden, die beinhaltet, dass das Stundenkontingent an kleineren, ländlichen Grundschulen mit Teilstandorten erhöht werde.

Frau Nagelschmidt informiert, dass es zu dem Thema eine Aussage der Schulministerin gebe. Frau Nagelschmidt zitiert:

„Gerade im ländlichen Raum wird es künftig häufiger zu Teilstandortlösungen kommen. Vor allem die Leitung von Schulen mit mehreren Standorten bedeutet einen höheren organisatorischen Aufwand. Dieser ist in der Umstellungsphase nochmals besonders hoch. Diesem wollen wir Rechnung tragen. Zur Unterstützung von Teilstandortlösungen sollen künftig für den zweiten und jeden weiteren Standort einer Schule jeweils für das Schuljahr 9 und ab dem darauf folgenden Schuljahr dauerhaft 7 zusätzliche Leitungsstunden gewährt werden. Derzeit erhalten Schulleitungen mit Teilstandorten nur 3 Stunden zusätzliche Leitungszeit. Diese Erhöhung der Leitungszeit für Schulen mit Teilstandorten ist notwendig. Wir steigern dadurch auch die Attraktivität für Schulleitungen an Schulen mit Teilstandorten und wirken den Problemen bei der Besetzung von Schulleitungsstellen entgegen.“

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag, für die nächste Ratssitzung eine Resolution dahingehend vorzubereiten.

20.2. Verbesserung der Vertrauensbasis, Anregung von Herrn Bonk

1:34:44

Herr Bonk macht deutlich, dass es schlechter Stil gewesen sei, der Politik in der letzten Ratssitzung einen Vermerk zur Grundschulsituation ohne jegliche Vorankündigung vorzulegen. Herr Bonk sei morgens vor der Ratssitzung von der Bürgermeisterin angerufen worden und zur Zügigkeit der Elsa-Brändström-Schule und zur Grundschulsituation befragt worden. Die Tendenz der CDU-Fraktion zur Elsa-Brändström-Realschule habe Herr Bonk telefonisch geschildert. Zur Grundschulsituation habe er geantwortet, dass die CDU-Fraktion zur Erhaltung der zu

schließenden Grundschulen tendiere. Als die Bürgermeisterin bemerkt habe, dass es keine Mehrheit für den Beschlussvorschlag im Schulausschuss geben werde, habe sie einen Vermerk zur Thematik „Auflösung von Grundschulen“ verlesen, aus dem u. a. hervorging, dass die Vorlagen angehalten worden seien. Es sei das gute Recht der Bürgermeisterin, dieses zu tun. Schlechter Stil sei es allerdings gewesen, weder die Fraktionsvorsitzenden noch die Vorsitzende des Schulausschusses vorab über diesen Schritt zu informieren.

Herr Bonk zitiert aus dem Vermerk der Ratssitzung: „Wegen dieser aktuellen Entscheidung werden die beiden für morgen, Mittwoch, den 20. Februar, und übermorgen, Donnerstag, den 21. Februar 2013, terminierten Sitzungen der Stadtteilbeiräte zu obigem Thema abgesagt.“

Herr Bonk teilt mit, dass man daraufhin den Schulausschussmitgliedern signalisiert habe, dass sie nicht unbedingt an den Stadtteilbeiratssitzungen teilnehmen müssen, da keine Schulthemen diskutiert werden. Zur Überraschung erschien die Bürgermeisterin dennoch zu den Sitzungen der Stadtteilbeiräte und hatte den für schulische Angelegenheiten zuständigen Fachbereichsleiter mitgebracht. Dem Zufall sei es zu verdanken gewesen, dass in Rodde die Ratsmitglieder Wilp und Niehues anwesend waren.

Herr Bonk bemängelt, dass auch hier eine kurze Vorabinformation vertrauensbildend gewirkt hätte. Herr Bonk bezieht sich auf das Leitbild und verdeutlicht die These über gegenseitiges Vertrauen zwischen Rat und Verwaltung.

Herr Bonk regt an, dass die vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen der Bürgermeisterin und der Politik verbessert werden sollen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:42 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Julia Kersting
Schriftführerin